



Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351
Telefon 030 227 – 77 654
Fax 030 227 – 76 654
E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis
Hopfenstraße 4
47441 Moers
Telefon 02841 9980599
Fax 02841 9980588
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis
Südwall 38
47798 Krefeld
Telefon 02151 319650
Fax 02151 8207611
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 24. März 2010

Bericht aus Berlin 04/2010

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

vor sieben Jahren haben wir eines der umfassendsten Reformkonzepte für den Arbeitsmarkt in der bundesdeutschen Geschichte begonnen. Jetzt gilt es, die Resultate zu prüfen und neu anzusetzen: Unser Ziel ist **Fairness auf dem Arbeitsmarkt**. Das zentrale Verdienst sozialdemokratischer Arbeitsmarktreformen ist es, die schleichende Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit beendet und den Kampf um Vollbeschäftigung neu aufgenommen zu haben. Wir haben allen Bürgerinnen und Bürgern, die Arbeit suchen, durch bessere Qualifizierung und Vermittlung neue Chancen auf einen Arbeitsplatz ermöglicht. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Betreuung aus einer Hand und die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern in die Arbeitsförderung bleiben von überragender Bedeutung. Auch dass wir die weit verbreitete Praxis der Frühverrentung begrenzt haben, ist eine richtige Weichenstellung zugunsten höherer Erwerbsbeteiligung bei steigender Lebenserwartung. Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung. Deshalb müssen wir jetzt weiterdenken und unsere Konzepte weiterentwickeln. Denn die Verhältnisse der Arbeitswelt sind oft unfair geworden. Der ökonomische Strukturwandel schreitet voran. Dabei besteht die Gefahr, dass wir in Deutschland zugleich einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und eine fortgesetzt hohe Zahl von Arbeitslosen haben, die nicht ausreichend qualifiziert sind. Unsere Anstrengungen bei Bildung, Berufsqualifizierung und Weiterbildung müssen dramatisch



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

gesteigert werden. Ebenso brauchen wir eine neue Vermittlungsoffensive mit einem besseren Verhältnis von Arbeitsvermittlern zu Arbeitsuchenden.

Arbeitsleistung muss sich wieder lohnen. Doch Armutslöhne und unsichere Beschäftigung haben sich ausgebreitet. Das gefährdet die Leistungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Zeitarbeit wird missbraucht, um Tarifstrukturen zu umgehen und Löhne zu drücken. Auf dem Arbeitsmarkt muss wieder Ordnung geschaffen werden, durch Mindestlöhne, durch die Stärkung der Tarifverträge und der Mitbestimmung, nicht zuletzt durch die Begrenzung der Leih- und Zeitarbeit auf ihren eigentlichen Zweck zur Abdeckung von Auftragsspitzen. Wir wollen das unbefristete Arbeitsverhältnis stärken.

Die Förderung von eigenen Anstrengungen, zum Beispiel bei der Qualifizierung, und die Anerkennung von Leistungen müssen auch beim Arbeitslosengeld berücksichtigt werden. Wir wollen den Anspruch auf den Bezug von Arbeitslosengeld I in Verbindung mit berufsqualifizierenden Maßnahmen um bis zu zwölf Monate verlängern. Wer außerdem nach langen Jahren der Berufstätigkeit seine Existenz durch angespartes Vermögen abgesichert hat, soll nicht befürchten müssen, es bei längerer Arbeitslosigkeit schlagartig wieder zu verlieren. Wir wollen dieses Vermögen auf sozial angemessene Weise schützen.

Bei allen politischen Vorstößen, um mehr Menschen den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen, müssen wir auch erkennen, dass ein erheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt hat. Statt diesen Bürgerinnen und Bürgern mit einer Kürzung von Transferleistungen zu drohen, brauchen wir mehr und bessere Arbeitsangebote auf einem öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarkt. Wir wollen hier bis zu 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose bereit stellen. Diese soziale Bürgerarbeit hilft unseren Städten und Gemeinden, zusätzliche Leistungen zu erbringen und soziale und kulturelle Angebote zu verbessern. Dabei gelten für uns die Prinzipien: Die Angebote müssen zusätzliche und gemeinnützige Arbeit umfassen. Es darf keine Verdrängung regulärer Beschäftigung geben, auch nicht im öffentlichen Dienst. Während der Beschäftigung sollen die Vermittlungsanstrengungen fortgesetzt werden mit dem Ziel, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Beschäftigungsverhältnisse sollen sozialversicherungspflichtig sein.

Mit unseren Vorschlägen wollen wir in den kommenden Wochen und Monaten in eine intensive Diskussion mit Gewerkschaften, Unternehmern, mit Wissenschaft, Verbänden und Bundesagentur für Arbeit einsteigen. Auf dem SPD-Bundesparteitag im September dieses Jahres wollen wir unsere Grundsätze der Arbeitsmarktpolitik neu formulieren.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

In dieser Woche steht im Deutschen Bundestag der **Bundeshaushalt 2010** zum Beschluss. Was die Bundesregierung vorlegt, ist ein Dokument der Verantwortungslosigkeit und der Verunsicherung. Schwarz-Gelb steuert mit 80,2 Milliarden Euro auf eine Rekordneuverschuldung zu. Noch niemals, seit es die Bundesrepublik gibt, hatte eine Regierung eine solche Schuldenlast zu verantworten. Jeder dritte Euro des Haushalts ist auf Pump finanziert. Die Gesamtverschuldung unseres Landes liegt bei 1.700 Milliarden Euro, mehr als 70 Prozent unserer Jahreswirtschaftsleistung. Der bisherige Schuldenkönig war Theo Waigel in der Regierung Kohl. Die jetzige schwarz-gelbe Koalition verdoppelt die damalige Neuverschuldung. Es ist einfach eine Tatsache, dass Angela Merkel ab dieser Woche den Titel der Schuldenkanzlerin übernimmt. Schon bei der Haushaltsaufstellung verstieß Schwarz-Gelb gegen das Gebot der Wahrheit und Klarheit. Die Koalition behauptet, sie habe die Neuverschuldung gedrückt. Tatsache ist, dass die konjunkturelle Komponente der Neuverschuldung gegenüber den Ansätzen aus dem letzten Sommer um 12 Milliarden Euro geringer ausfällt. Schwarz-Gelb aber hat die Neuverschuldung nur um 5,6 Milliarden reduziert. Die Bundesregierung gibt also eigentlich 6 Milliarden Euro mehr aus als sie konjunkturbedingt müsste.

Nicht die Konsolidierung des Haushalts ist das Ziel, sondern die Verschwendung der Spielräume zur Finanzierung von Wahlgeschenken an die eigene Klientel: Steuerprivilegien und Begünstigungen für Hoteliers, für Erben, für Anwälte und für diejenigen Unternehmen, die Steuern durch Gewinnverlagerungen ins Ausland umgehen. Schwarz-Gelb ist unglaublich. Jedes Jahr hat die FDP ihr so genanntes „Liberales Sparbuch“ vorgelegt. Diese 400 Vorschläge zu sparen haben sich in Luft aufgelöst. In der Opposition hat Guido Westerwelle Personaleinsparungen gefordert und sprach von 75 überflüssigen Stellen in den Bundesministerien. Kaum an der Macht, hat die FDP nicht nur in ihren Ministerien Personal draufgelegt, sie hat mit CDU und CSU beschlossen, dass 985 neue Stellen geschaffen werden. „Mehr Bürokratie wagen“, heißt das Projekt. Verkehrsminister Ramsauer bekommt 132 neue Posten - obwohl er weniger zu tun hat. Denn die Aufgabe des Aufbau Ost ist an das Innenministerium gegangen. Umweltminister Röttgen streicht bei der Solarförderung. Aber für den Ausbau der Chefetage seines Ministeriums gibt er 2 Millionen Euro aus. Das alles ist Vetternwirtschaft und Verschwendung, mitten in der Wirtschaftskrise, die Millionen von Menschen Unsicherheit und Einschnitte bringt. Schwarz-Gelb kürzt die Investitionen, während Deutschlands Wirtschaft Nullwachstum hat und viele wichtige Unternehmen nur noch den Erhalt, nicht mehr Innovation und Produktionserweiterung in Deutschland finanzieren. So verspielt Schwarz-Gelb unsere Chancen. Ein verhängnisvoller Fehler!



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wir fordern die schwarz-gelbe Koalition mit einem Entschließungsantrag unter anderem nochmals auf:

- Steuersubventionen auf den Prüfstand zu stellen und das unsinnige **Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers**, das allein 1 Milliarde Euro kostet, **zurückzunehmen**.
- Die auf 20 Milliarden Euro veranschlagte Einführung eines „Stufentarifs“ in der Einkommenssteuer aufzugeben.
- In der **Arbeitsmarktpolitik** die Förderung der Menschen, die Arbeit suchen, nicht zu gefährden. Die gesperrten 900 Millionen Euro für die Eingliederung von Arbeitslosen sind sofort freizugeben, damit die Job-Center ihre Angebote jetzt nicht streichen müssen und fortfahren können, Menschen wieder in Arbeit zu bringen.
- In der **Finanzmarktpolitik** endlich von Betroffenheitsbekundungen zum Handeln zu kommen. Im Rahmen der G20 und in der EU muss die Bundesregierung die Schließung von Off-shore-Finanzzentren und Steueroasen voranbringen, das international gültige Regelwerk für alle Finanzakteure einschließlich Hedge-Fonds fordern. Sie muss Bonuszahlungen wirksam begrenzen und an den nachhaltigen Unternehmenserfolg binden. Die Bundesregierung muss jetzt endlich die Sonderabgabe für den Finanzsektor auf den Weg bringen, um sicherzustellen, dass diejenigen, die die Krise angerichtet haben und von staatlichen Rettungsmaßnahmen profitieren, auch an den Kosten beteiligt sind. Sie muss die internationale Finanztransaktionssteuer voranbringen und notfalls eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland einführen. Deutschland muss ernst machen mit dem Ziel, keinen Finanzmarkt, keinen Finanzakteur und kein Finanzprodukt ohne Aufsicht zu lassen. In einem ersten Schritt sind Leerverkäufe generell zu verbieten.

Zu unseren Forderungen in den Haushaltsberatungen gehört vor allem auch ein **Rettungsschirm für die Kommunen**. Die Städte und Gemeinden sind in der schärfsten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie haben die desaströse Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb auszubaden. Mehr als 2 Milliarden Euro kosten sie allein die bislang beschlossenen Steuerprivilegien für Klientelgruppen. Auch Kommunalpolitiker der Union wissen es und sagen es: Die Kommunen stehen vor dem Ruin, die Bundesregierung droht ihnen das Kreuz zu brechen.

Deshalb habe ich zu heute zu einer kommunalpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagfraktion eingeladen. Rund 300 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Kämmerer, Stadtverordnete, aber auch Vorstände und Geschäftsführer kommunaler Unternehmen sind gekommen. „**Starke Kommunen - starke Stadtwerke**“, das ist unser Ziel.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gemeinsam haben wir uns an die Kommunalkonferenz der Fraktion vor einem Jahr erinnert. Auch Anfang 2009 war die Stimmung ernst und die Sorge vor den Auswirkungen der Krise groß. Aber wir hatten auch die Hoffnung, dass gemeinsames Handeln etwas bewirken kann. Mit unserem kommunalen Investitionsprogramm konnten die Kommunen mehr als 13 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen einsetzen. Heute ist die Lage ganz anderes. Wo vor einem Jahr Solidarität, Entschlossenheit und politische Entscheidungskraft waren, spüren wir jetzt das Gegeneinander zwischen Bund und Kommunen, die Rücksichtslosigkeit von Schwarz-Gelb und die Orientierungslosigkeit der Bundesregierung.

Vor einem Jahr haben wir die Sanierung von Schulen, Schwimmbädern und Sportstätten ermöglicht. Heute kommen aus Nordrhein-Westfalen die Meldungen, dass Schulen und Schwimmbäder geschlossen, die Straßenbeleuchtungen am Stadtrand ausgeschaltet und dass Gebühren für kommunale Leistungen erhöht werden müssen. Und als sei das noch nicht genug, setzt Schwarz-Gelb in Berlin eine Gemeindefinanzkommission ein, die sich das Ziel gesetzt hat, die Gewerbesteuer abzuschaffen, die die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist. Diese Katastrophe darf nicht unwidersprochen bleiben. Deshalb fordern wir als Soforthilfe in der Notlage einen Kommunalschirm von 4 Milliarden Euro gegen die Krise, volle Kompensation der durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle und 400 Millionen Euro mehr Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Wir fordern, dass die Stadtwerke ihre Chance im Wettbewerb nutzen können und dass die Kommunen durch eigene wirtschaftliche Betätigung die Finanzierung nichtprofitabler Aufgaben bei sozialer Integration und Kultur absichern können.

Mit freundlichen Grüßen